

Schock für den deutschen Finanzminister

# Muss die Bundesbank ihre Goldreserven abschreiben?

Von Dr. Udo Ulfkotte, Publizist

**Unter amerikanischem Druck hatte die Deutsche Bundesbank seit den Sechzigerjahren einen Teil ihrer Währungsreserven treuhänderisch in Form von Gold an die US Federal Reserve Bank auslagern müssen. Vor dem Hintergrund der Weltfinanzkrise will die Bundesbank das deutsche Gold nun zurück – doch die US-Regierung weigert sich.**

Auf dem Papier ist die Deutsche Bundesbank Eigentümerin von mehr als 3400 Tonnen Gold. Das ist die Währungsreserve der Bundesbank. Sie hat derzeit immerhin einen Wert von über hundert Milliarden Dollar. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten hat kein anderes Land der Welt solche gigantischen Goldreserven. In Zeiten wirtschaftlicher Not lassen deutsche Finanzminister immer wieder mal theoretisch durchspielen, was man mit dem vielen Geld machen könnte.

Doch in Anbetracht der katastrophalen deutschen Haushaltslage liess Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) nun ernsthaft darüber nachdenken, einen Teil der deutschen Goldreserven zu ver-silbern.

Der Finanzminister selbst hat keinen Zu-griff auf das Bundesbank-Gold. Er kann daher lediglich an die Währungshüter appellieren. Dann kam bei geheimen Gesprächen der Schock: Der Grossteil der deutschen Währungsreserven existiert wohl nur noch auf dem Papier. Ende der Sechzigerjahre hatten die Vereinigten Staaten als damalige Besatzungsmacht ebenso wie Grossbritannien einen finanziellen Ausgleich für die Stationierung britischer und amerikanischer Soldaten auf deutschem Boden von der Bonner Bundesregierung gefordert. Die Bundesrepublik erwirtschaftete damals Jahr für Jahr einen Leistungsbilanzüberschuss. Dieses Gold weckte Begehrlichkeiten. Die Bundesregierung lehnte es damals ab, für britische und amerikanische Soldaten in Deutschland zu zahlen. Doch statt Bargeld zu überweisen, kaufte die

Bundesbank an den Finanzhandelsplätzen New York und London Gold ein und überliess der amerikanischen Federal Reserve und der Bank of England treuhänderisch grosse Teile der so erworbenen deutschen Goldreserven.

Im Gegenzug dafür stationierten die USA amerikanische Soldaten in der Bundesrepublik. Mehr als 3300 Tonnen deutsches Gold wurden so seit den Sechzigerjahren treuhänderisch etwa bei der Fed in New York, bei der Bank of England in London – und zum geringen Teil auch bei der Banque de France in Paris – eingelagert. Und faktisch blieben seither nur noch wenige Prozent des Goldes in den Tresoren der Bundesbank zurück.

Schon im Jahre 2003 hatte die deutsche Bundesregierung auf die Kleine Anfrage eines Abgeordneten, wo das Gold der Bundesbank eigentlich gelagert werde, folgende Antwort erhalten: «(...) lässt allerdings auch Goldbestände an wichtigsten Goldhandelsplätzen wie z. B. London von den dort ansässigen Zentralbanken verwahren.»

zehnte davon ausgehen konnte, dass die Stationierung von US-Truppen auf deutschem Boden dauerhaft sein werde.

## Das deutsche Gold als Faustpfand

Ohne einen diplomatischen Eklat zu provozieren, könnte die Bundesbank somit allenfalls – zeitlich versetzt – immer nur sehr kleine Mengen Gold aus den USA zurückfordern. Das deutsche Gold wurde von Washington bislang als eine Art Pfand gegenüber der Bundesregierung angesehen. Jede Frage nach Rückgabe kommt einer offenen Misstrauensbekundung gleich.

Vor diesem Hintergrund wollen Bundesbank, Bundesregierung und US-Regierung den Streit um die deutschen Goldreserven derzeit um jeden Preis vor der Öffentlichkeit geheim halten. Wie es aussieht, kann die Bundesbank Teile der deutschen Goldreserven abschreiben. Das öffentliche Eingeständnis hätte schlimme Folgen: Die Bundesrepublik würde sofort ihr AAA-Rating verlieren. Im Sinne der Staatsräson muss man also in Berlin wie auch bei der Bundesbank gute Miene zum mutmasslich eher bösen Spiel machen.

Zudem erinnert man sich in Berlin noch gut daran, was passierte, als der französische General de Gaulle 1968 den Amerikanern sein Misstrauen erklärte und die französischen Dollar-Reserven der Pariser Zentralbank bei der Fed gegen Gold eintauschen liess. Das war 1968 noch möglich, es gab noch den Goldstandard (nach de Gaulles Aktion hat Präsident Nixon dann den Goldstandard aufgehoben). De Gaulle liess das gegen die französischen US-Dollar eingetauschte Gold an Bord französischer Kriegsschiffe nach Frankreich bringen. Dieses «Misstrauensvotum» gegen den Dollar und gegen die US-Politik hatte offenkundig schwere Folgen: Im Mai 1968 brachen zuerst in Paris und dann im ganzen Land schwere Unruhen aus, die aus dem Ausland angestossen und koordiniert worden waren.

## Eine Lektion erteilt

Geheimdienste hatten schon lange zuvor studentische Kreise «nützlicher Idioten» infiltriert, die man leicht zum Schüren von Unruhen missbrauchen konnte. Frankreich hatte im Zuge der schweren inneren Unruhen 1968 mit Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen – und tauschte von nun an keine Dollar mehr in Gold um. Damit war die Welt von einem Gold- zu einem Dollarstandard übergegangen. Das Nachbarland Deutschland lernte unter dem Eindruck der «68er-Unruhen» eine bis heute gültige Lektion: Wer gegenüber den grossen Mächten offen sein Misstrauen erklärt, der muss sich Sorgen um die innere Ordnung – und um die Stabilität der eigenen Währung – machen. Denn Geheimdienste könnten dazu ermuntert werden, schwerste «soziale Unruhen» zu provozieren. Im Wahljahr 2009 kann daran in Deutschland keine Partei ein Interesse haben. Der Goldschatz der Bundesbank ist auf dem Papier derzeit etwa hundert Milliarden Euro wert. Aber was sind schon 3400 Tonnen Gold gegen die Staatsschulden? Allein für den Banken-Rettungsschirm haftet der Bund mit 480 Milliarden. Der deutsche Staat steht insgesamt mit 1,5 Billionen Euro in der Kreide. Allein wegen der Wirtschaftskrise muss der Bund achtzig Milliarden – also fast den kompletten Gegenwert der virtuellen Währungsreserven – an neuen Krediten aufnehmen. Deutsche Medien verdrängen das Debakel. Ende Mai titelte eine grosse deutsche Zeitung: «Auch Deutschland wird durch den steigenden Gold-Wert reicher.»

Udo Ulfkotte

Quelle: www.kopp-exklusiv.de

## Dealer im Bundeshaus

Professionelle Dealer sind entweder Verbrecher oder Politiker. Erstere handeln mit Drogen. Letztere mit Steuergeldern – das nennt sich dann «New Deal». «Green New Deal» usw.



Gemeint sind staatliche Konjunkturpakete. In der grossen Depression der 1930er-Jahre lancierte der damalige US-Präsident Franklin D. Roosevelt ein für damalige Verhältnisse gigantisches Umverteilungsprogramm und taufte es «New Deal»: Mindestpreise, Beschäftigungsprogramme, mehr Sozialleistungen usw. Siebzig Jahre später heisst das Stichwort «Green New Deal». Der jetzige US-Präsident Barack Obama präsentiert in der Finanzkrise das grösste je geschnürte Konjunkturpaket im Umfang von knapp 800 Milliarden Dollar. Besondere Berücksichtigung erhält dabei die «grüne» Industrie.

Konjunkturpakete haben in der Rezession Hochkonjunktur: Wenn Private nicht mehr investieren, soll der Staat als «Konsument» Nachfrage schaffen und die Wirtschaft beleben.

Durch Konsum wurde die Finanzkrise ausgelöst, weil die Menschen über ihre Verhältnisse gelebt und im grossen Stil Schulden angehäuft haben – jetzt ist Konsum auch gleich wieder die Lösung. Dabei allerdings lebt auch der Staat über seine Verhältnisse. Gemäss Aussagen der Regierung erwartet die USA ein Defizit von 1750 Milliarden Dollar. Zu bezahlen haben dies die künftigen Generationen.

## Unzensuriert

Die surrealen Milliarden-Dimensionen der ausländischen Konjunkturpakete hat der Bundesrat bisher glücklicherweise gemieden – bereits die 400 Millionen des dritten Konjunkturpaketes sind fragwürdig genug: Krisengetrieben ist die Exportwirtschaft. Mit staatlichen Konjunkturpaketen profitiert indes – wenn überhaupt – die Binnenwirtschaft.

Ohnehin ist für den Zugang zu Staats-hilfe nicht immer der Leidensdruck einer Branche, sondern die Nähe zum politischen Machtzentrum ausschlaggebend: Linke und Gewerkschaften fordern seit Wochen weitere staatliche Konjunkturhilfe in Milliardenhöhe. Gelder sollen insbesondere in die Sparten Bildungswesen, öffentlicher Verkehr und erneuerbare Energien fließen – wo ein Guttel der rot-grünen Wählerschicht sein Geld verdient. Demgegenüber soll die Allgemeinheit bald tiefer in die Tasche greifen müssen. Denn gleichzeitig unterstützt Rot-Grün die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf acht Prozent: Das mag der heutige sozialdemokratische Durchschnittswähler mit sicherem Arbeitsplatz in der Verwaltung oder der soziokulturellen Betreuungs-industrie verkraften. Für Familien und ärmere Einkommensschichten ist die Erhöhung der Verbrauchssteuer allerdings Gift.

So versteht Rot-Grün die Krise als Chance – Konjunkturpakete zur Belebung der eigenen Wählerschaft. Man könnte von einem Kuhhandel sprechen. Oder frei nach Roosevelts oder Obamas PR-Beratern: Von einem «Cow Deal».

Patrick Freudiger

### Bürgeraktion «Gesunde Währung»

## Grundsätze – Forderungen

### Gesunde Währung

Gesund ist eine Währung, wenn sie mit Goldreserven ausreichend gedeckt ist.

### Demokratie

Wer vom Bürger Steuern erhebt, muss dem Bürger auch Mitentscheidung über die Verwendung der eingezogenen Steuergelder garantieren.

Wer Steuerzahler und Leistungsträger zu Ausbeutungsobjekten degradiert, erwürgt den Mittelstand.

### Inflation

Eine Regierung, die durch massives Gelddrucken die eigene Währung entwertet, raubt dem Sparer dessen ehrlich erworbenes Vermögen. Das ist verantwortungslos und rechtswidrig. Es verletzt das von der Verfassung abgesicherte Recht auf Eigentum.

### Widerstandsrecht

Der Bürger, dessen Regierung die eigene Landeswährung mittels Inflationen entwertet, besitzt ein Recht auf Widerstand.

Er darf sein Vermögen dort anlegen, wo es vor verfassungswidriger Geldentwertung durch Regierungen geschützt ist.

### IWF-Austritt

Masslose Grossbanken haben mit verantwortungsloser Kreditpolitik die Finanzkrise verursacht. Geschädigte sind Anleger, die ihr Geld immerhin auf eigenes Risiko eingesetzt haben.

Der internationale Währungsfonds (IWF) betreibt heute zur Rettung maroder, überschuldeter Staatskassen eine nicht minder verantwortungslose Kreditpolitik. Dies allerdings auf Kosten der Steuerzahler, denen jede Einflussmöglichkeit verwehrt wird.

Wir fordern den Austritt aus dem IWF.

### Recht auf Eigentum

In einem freiheitlichen Staat dürfen und sollen Banken existieren, die es von Unrechts-Regimes Verfolgten ermöglichen, ihr ehrlich erworbenes Vermögen sicher anzulegen.

Ja, ich unterstütze die Forderungen der Bürgeraktion «Gesunde Währung»

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nr.: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir ... Exemplare der «Schweizerzeit» zum Weitervertelen.

Talon einsenden an: **Bürgeraktion «Gesunde Währung»**  
c/o «Schweizerzeit»  
Postfach 23  
8416 Flaach  
Fax 031 301 31 03  
info@schweizerzeit.ch

17./09